

«Selbstverantwortung steht an erster Stelle»

Ulrich Hoch beschäftigt sich intensiv mit der Covid-19-Thematik. Den von der Regierung eingeschlagenen Weg kann er nicht unterstützen.

Interview: Desirée Vogt

Während die Covid-19-Fallzahlen explodieren und die Regierung im Rahmen der zweiten Welle wieder verschärfte Massnahmen ergriffen hat, werden auch die Stimmen der Kritiker lauter. Inzwischen treffen sich viele davon jeden Sonntag beim so genannten «Bürgerspaziergang» auf dem Peter-Kaiser-Platz, um sich auszutauschen und friedlich Kritik an den Sanktionen zu üben. Einer davon ist Ulrich Hoch aus Triesenberg. Er hat angefangen sich intensiv mit dem Thema Corona zu befassen, nachdem seines Erachtens bereits im Frühling kein Dialog mit ausgewiesenen unabhängigen Fachleuten geführt worden sei.

Herr Hoch, immer mehr Stimmen werden laut gegen die Massnahmen zur Eindämmung von Covid-19.

Auch Sie selbst haben dazu bereits mehrfach Leserbriefe verfasst und äusserten sich in den sozialen Medien. Ist Corona in Ihren Augen nur Angstmacherei und völlig harmlos?

Ulrich Hoch: Es liegt mir fern, die Gefährlichkeit von Covid-19 herunterzuspielen. Ich bin kein Mediziner und auch kein Virologe. Auch Monate nach Ausbruch der Pandemie bleibt die wahre Dimension der Bedrohung unklar. Sichtbar sind aber mittlerweile sozioökonomische und politische Auswirkungen. Die neuesten Sterblichkeitsraten in ganz Europa sind seit Mai auf einem relativ tiefen Niveau verharrt. Diejenigen Länder, die auf sanftere Massnahmen gesetzt haben, haben nachweislich nicht nur den grösseren Schaden an der Wirtschaft verhindert, sie registrierten auch mildere Auswirkungen der Pandemie. Lockdowns werden damit begründet, die Ansteckungsrate zu verlangsamen. Dieser Anspruch konnte aber nicht erreicht werden. Universitätsleute, und dazu gehören auch Epidemiologen, sind in der Regel Regierungsangestellte. Für mich liegt die Wurzel des Irrtums in der Annahme, dass einzig Covid-19 eine unmittelbare Bedrohung für die Menschheit darstelle, während Lockdowns und eine Abriegelungspolitik ausschliesslich Menschenleben retten. Wie viele Menschen sind krank geworden und in Depression und Wahnsinn getrieben worden? Wie viele Menschen haben keine lebensrettende Behandlung bekommen? Wie viele Menschen haben ihre Arbeit verloren, wurden in den Selbstmord getrieben? Wieviele werden in den ärmsten Ländern in den Hungertod getrieben?

Wann war der Zeitpunkt, als Sie damit begonnen haben, sich tiefer in die Thematik einzuarbeiten?

Als ein libertärer Denker bin ich grundsätzlich ein Skeptiker in Bezug auf staatliche Interventionen und hinterfrage somit immer eine staatlich aufgegleiste Interventionspolitik. Umso mehr, wenn es darum geht, demokratische Rechte auszuhebeln. Einem Sprichwort zufolge ist «der Weg zur Hölle oft mit guten Vorsätzen gepflastert». In einer reinen Privatrechtsgesellschaft steht das individuelle Entscheidungsrecht und somit die Selbstbestimmung an erster Stelle. Ich bin überzeugt davon, dass, wenn wir eine staatenlose Gesellschaft gehabt hätten, wir einen anderen Weg eingeschlagen hätten. Menschen hätten sich ihren individuellen Bedürfnissen entsprechend geschützt. Unternehmen hätten ihre Tore nicht zugemacht und auch das soziale Leben wäre weitergegangen. Jedes Unternehmen hätte den bestmöglichen Schutz für die Firma und die Mitarbeiter gewählt. Auch im privaten Bereich wäre nach Lösungen gesucht wor-



Ulrich Hoch: «Die Menschen brauchen keinen Staat, der sie bevormundet. Wir müssen und werden langfristig lernen, mit dem Virus umzugehen.»

Bild: Daniel Schwendener

den, die weit weniger Kollateralschäden verursacht hätten.

Aber gab es einen bestimmten Auslöser, der Sie dazu veranlasst hat, sich vertieft zu beschäftigen?

Ich habe gesehen, wie man bereits im Frühling keinen Dialog mit ausgewiesenen unabhängigen Fachleuten wollte – das hat mich stutzig gemacht hat.

Sie waren am Sonntag auch auf dem Peter-Kaiser-Platz, um zu verdeutlichen, dass Sie den Kurs der Regierung nicht mehr unterstützen können. Was stösst Ihnen besonders sauer auf?

Ich habe von der Aktion, an einem friedlichen Bürgerspaziergang in Vaduz teilzunehmen, kürzlich erfahren und fand die Idee interessant. In jedem Fall gibt es im Land doch sehr viele Kritiker. Die Regierenden fürchten den Widerstand und gerade deshalb wird immer wieder die

«Die Menschen brauchen keinen Staat, der sie bevormundet.»

Alternativlosigkeit beschworen. In einer freien Gesellschaft steht das individuelle Entscheidungsrecht und somit die Selbstverantwortung an erster Stelle. Die Regierungen haben die Wirtschaft und die Gesellschaft in einen unproduktiven Schlaf versetzt. Vertrauen wurde zerstört. Als ob die Schädigung von einzelnen Wirtschaftszweigen nicht ausreichen würde, versprechen die Regierungen nun die Kur mittels Unterstützungsgeldern. Eine staatsgläubige Öffentlichkeit lobt die Regierung für die Fürsorge, aber man scheint weiterhin zu ignorieren, dass der Staat durch eine politi-

sche Überreaktion dauerhafte Massenarbeitslosigkeit hervorrufen kann und die Gefahr besteht, Menschen in die Verarmung zu treiben.

Der Regierung soll mit der Kerzenaktion ja ein Licht aufgehen. Welches Licht ist das?

Die Idee mit den Kerzen fand ich sehr gelungen. Ich denke, dass es als Symbol für die Wahrheit und Offenheit stehen sollte. Viele Menschen haben Angst, und das ist nicht zuletzt einer Panikmache der Regierung geschuldet. Das Virus wird uns erhalten bleiben. Es zeichnet sich ab, dass es sich um ein saisonales Virus handelt. Wir müssen lernen, mit dem Virus umzugehen und eine Strategie entwickeln, die wir langfristig durchhalten können. Die Menschen sind sehr lernfähig und brauchen keinen Staat, der sie in allen Belangen bevormundet. Sie werden lernen, mit dem Virus in der Grippezeit umzugehen. Sie werden mit den entsprechenden Hygienemassnahmen und Abstandsregeln, sich, die Familie, Freunde und ihre Arbeitskollegen schützen. Von keinem Regierungsmitglied habe ich bisher gehört, dass es wichtig sei, das Immunsystem zu stärken. Man muss ausser Haus gehen in die frische Luft, und zwar ohne Masken. Man sollte auch keine Angst haben, seinen Job zu verlieren und sich einschliessen zu müssen. Gerade durch die Umsetzung von Massnahmen, die das Immunsystem schwächen, wird die Katastrophe produziert.

Es kursieren auch viele Verschwörungstheorien. Können Sie eine davon unterstützen?

Wenn man einen liberalen Denker, der die persönliche Freiheit, Freiwilligkeit, Marktwirtschaft hochhält, als Verschwörungstheoretiker bezeichnen kann, dann falle ich vermutlich in diese Kategorie. Fakt ist, es gibt viele Ungereimtheiten und offene Fragen. Warum haben die lateinischen Länder, die früh sehr strenge Massnahmen verkündeten, vielmehr Tote zu beklagen? Warum gingen in Schweden trotz einer liberalen Haltung die Todeszahlen Ende April rapide zurück? Noch vor einigen Monaten wurde

eine sogenannte Impfpflicht als Verschwörungstheorie verworfen. Mittlerweile haben sich verschiedene Politiker zu Wort gemeldet, dass uns lediglich ein Impfstoff helfen würde, wieder zur Normalität zurückzukehren. Auch die Schweiz hat sich über 6 Mio. Impfdosen gesichert. Von staatsgläubigen Wissenschaftlern, Politikern und Philanthropen wird schon jetzt fantasiert, die ganze Menschheit zwangsweise impfen zu wollen. Auch bei uns wurden Stimmen laut, man könne sich eine Impfpflicht für im Gesundheitswesen tätige Personen vorstellen. Doch hier hört der Spass auf. Dem britischen Philosophen John Locke verdanken wir das Wissen um das Eigentum am eigenen Körper. «Der Körper eines Menschen kann in einer liberalen Rechtsgesellschaft niemals Eigentum eines anderen – also auch kein Gemeingut sein.» Man hüte sich hier, eine Büchse der Pandora zu öffnen und damit den Körper eines Menschen zum Staats-

«Wir müssen und werden langfristig lernen, mit dem Virus umzugehen.»

und Gemeingut zu machen, um die Verfügungsgewalt der Regierung zu rechtfertigen.

Was sagen Sie zu den steigenden Zahlen? Ist die Gefahr, sich anzustecken, Ihres Erachtens nach wie vor gering, wie in einem Leserbrief geäussert?

Die Fallzahlen sind nur eine Seite der Medaille. Nur knapp 5 Prozent der Infizierten benötigen eine umfassendere medizinische Betreuung und davon nur ein Bruchteil eine intensivmedizinische.

Die Todesraten sind seit April in der Tendenz stabil. Der bekannte Virologe Hendrik Streeck betonte, er wolle das Coronavirus nicht kleinreden, aber er stelle sich die Frage nach einem Kompass. Die Gefahr eines exponentiellen Anstiegs der Infektionen sei für ihn allenfalls ein Missverständnis. Weil nur ein sehr kleiner Teil der positiv Getesteten stationäre medizinische Pflege benötigten, seien sogenannte Fallzahlen alleine nicht aussagekräftig. Hier vermisse ich den kontroversen Dialog mit Experten. Dass Experten und Mediziner verunglimpft und zensuriert werden, die andere Meinungen vertreten, mindert das Vertrauen in die Entscheidungsträger.

Viele Menschen können oder wollen sich nicht so intensiv mit der Thematik auseinandersetzen und müssen auf Statistiken und Zahlen der offiziellen Ämter vertrauen.

Wie sieht es mit Ihrem Vertrauen in die öffentlichen Institutionen aus?

Es ist kontraproduktiv, einen offenen Dialog nicht als wünschenswert zu betrachten. Die Politik hat auch Massnahmen, die heute als Allheilmittel gelten sollen, früher aufgrund von Studien als «nicht zielführend» verworfen. Es sei erinnert an die Maskendiskussion. Es gibt hierzu ganz unterschiedliche Studien und Aussagen von Experten, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Es ist auch unwidersprochen, dass sich das Coronavirus gerade auch in Ländern, wo schon sehr früh auf Masken gesetzt wurde, stärker verbreitet hat. Der Umstand, dass sich Menschen nicht so gründlich informieren können, ist dem Umstand zuzuschreiben, dass die Medien ihre Objektivität vermissen lassen. Kritik ist ein Grundbestandteil der demokratischen Ordnung. Ohne Kritik keine Debatte, und ohne Debatte schlussendlich keine Wissenschaft. Auch hier vermisse ich den libertären Ansatz einer Entpolitisierung der Wissenschaft und damit die Garantie für eine unabhängige wissenschaftliche Erkenntnisfindung.

Ein Blick ins Internet zeigt, dass es Unmengen an Zahlen gibt, die sich aber widersprechen. Quasi: Jedem seine Statistik?

Grundlage der Massnahmen bildet die Anzahl infizierter Personen, basierend auf dem PCR-Test. Dieser wird mittlerweile von etlichen Virologen und Medizinern kritisch betrachtet. Gemäss Mike Yeadon, dem ehemaligen Forschungschef des Pharmariesen Pfizer, ist es möglich, dass ein PCR-Test nach fünf Monaten noch Fragmente eines Virus indiziert, das längst vernichtet und überwunden wurde. Nach seinen Erfahrungen sind die PCR-Tests zwar wertvoll für die Forschung, jedoch ungeeignet für eine medizinische Diagnose. Dies habe auch der herrschenden Lehrmeinung entsprochen – bis zum Ausbruch von Covid-19.

Auch den Medien wird vorgeworfen, dass diese sich nicht kritisch zum Coronavirus äussern würden bzw. dürfen und einen staatlich verordneten Maulkorb verpasst bekommen hätten. Was wünschen Sie sich von den Medien?

Die Massenmedien spielen leider eine besonders befremdliche Rolle in der laufenden Propagandaschlacht: Die «vierten Macht im Staat» lässt kritische Worte vermissen und sie bestätigt sich als Sprachrohr der Regierung, die ihre Massnahmen bejubelt und Menschen, die alternative Strategien aus anderen Ländern aufgleisen, in Grund und Boden verdammt. Ein derartiges Mass an freiwilliger Gleichschaltung steht für mich beipielslos da.